

Benner, Joachim et al.

Article — Digitized Version

Kräftiger Anstieg der Produktion in Deutschland

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Benner, Joachim et al. (2002) : Kräftiger Anstieg der Produktion in Deutschland, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 2, pp. 141-157

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/2790>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kräftiger Anstieg der Produktion in Deutschland

Von Joachim Benner, Dóra Borbély, Alfred Boss, Annette Kuhn,
Carsten-Patrick Meier, Joachim Scheide und Rainer Schmidt

In der deutschen Wirtschaft hat ein neuer Aufschwung begonnen. Nachdem die gesamtwirtschaftliche Produktion in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres rückläufig gewesen war, nahm sie im ersten Quartal 2002 wieder leicht zu. Das reale Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich mit einer laufenden Jahresrate von 0,7 Prozent (Schaubild 1). Die Impulse kamen dabei allerdings allein aus dem Ausland; so zogen die Exporte, die im Quartal zuvor zurückgegangen waren, wieder kräftig an. Die Binnennachfrage nahm dagegen spürbar ab. Bei rückläufigem real verfügbarem Einkommen schränkten die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben weiter ein. Gleichzeitig gaben die Investitionen abermals deutlich nach, wohl nicht zuletzt aufgrund der Ungewissheit über die Lohnabschlüsse und über die gesamte konjunkturelle Entwicklung. Der Rückgang war jedoch weniger ausgeprägt als in den vorangegangenen Quartalen, auch weil die Bauinvestitionen erstmals seit geraumer Zeit wieder etwas ausgeweitet wurden.

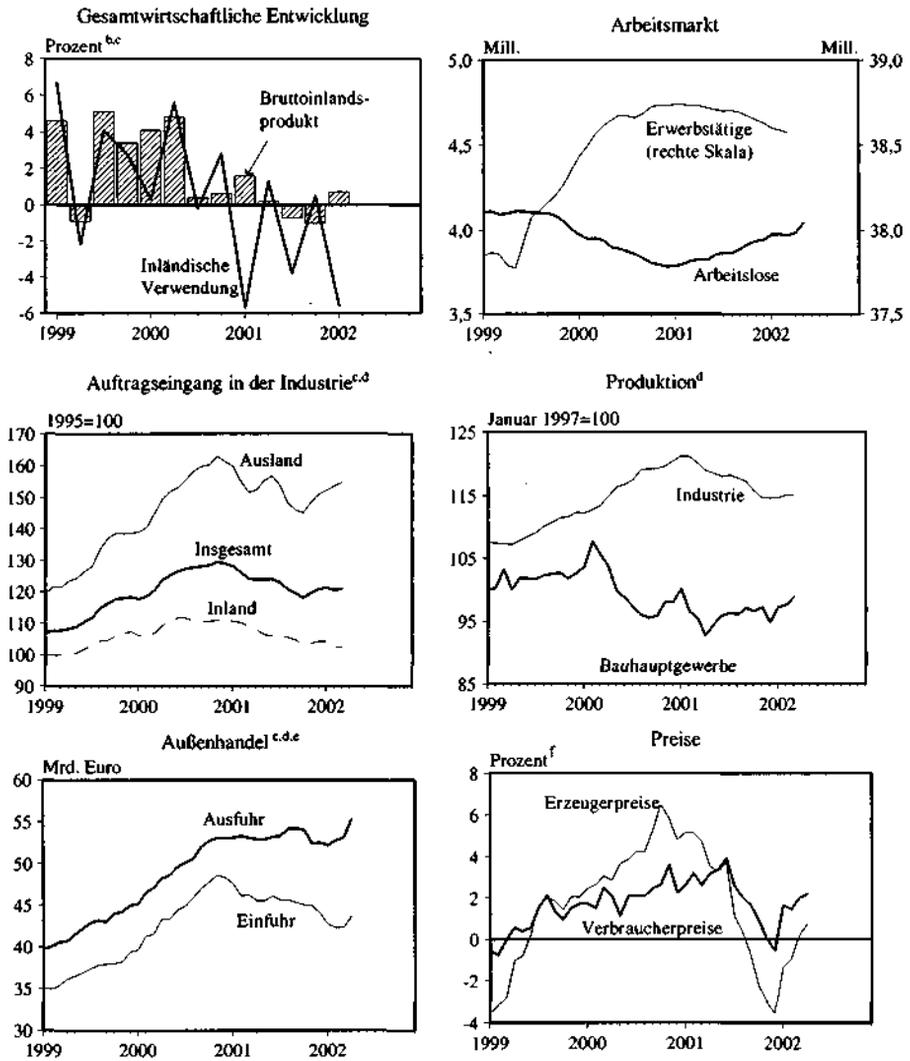
Im zweiten Quartal dürfte sich der Produktionsanstieg deutlich verstärkt haben. Die Industrieproduktion lag im April vorläufigen Angaben zufolge zwar nur leicht über dem Durchschnitt des ersten Quartals. Die Auftrageingänge in der Industrie legten aber sehr kräftig, nämlich um knapp 2 Prozent, zu. Frühindikatoren zeigen überdies an, dass die Produktion in vielen wichtigen Handelspartnerländern beschleunigt zunimmt. Entsprechend sind die Exporterwartungen der Unternehmen im deutschen verarbeitenden Gewerbe aufwärts gerichtet, und die Geschäftserwartungen im verarbeitenden Gewerbe haben sich in den vergangenen Monaten stark verbessert.

Am Arbeitsmarkt ist die konjunkturelle Wende bisher erwartungsgemäß noch nicht erkennbar. Die Beschäftigung ist bis März weiter zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitslosen ist zuletzt sprunghaft gestiegen, nachdem sie seit Jahresbeginn stagniert hatte; die Entwicklung wird allerdings durch Sonderfaktoren in Verbindung mit dem zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Job-AQTIV-Gesetz geprägt.

Der Preisauftrieb hat wieder nachgelassen. Im Mai ging der Preisindex der Lebenshaltung saisonbereinigt sogar etwas zurück, nachdem er sich bereits im April nur wenig erhöht hatte. Der starke Preissprung, der sich im Januar im Gefolge der drastischen Erhöhung der Preise für saisonale Lebensmittel und der Einführung des Euro-Bargeldes ergeben hatte, ist allerdings bisher nur teilweise korrigiert worden.

Monetäre Rahmenbedingungen zunächst noch günstig

Die monetären Rahmenbedingungen im Euroraum wirken deutlich antegend auf die deutsche Konjunktur. Der entscheidende Leitzins liegt seit November un-

Schaubild 1: Indikatoren^a zur Konjunktur in Deutschland

^a Saisonbereinigt. – ^b Veränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in Prozent. – ^c Real. – ^d Gleitender Dreimonatsdurchschnitt. – ^e Waren in der Abgrenzung der Außenhandelsstatistik. – ^f Veränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.), *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; eigene Berechnungen.

verändert bei 3,25 Prozent. Der Zinssatz für Dreimonatsgeld betrug Anfang Juni knapp 3,5 Prozent. Angesichts einer Kerninflationsrate von reichlich 1,5 Prozent sind die kurzfristigen Realzinsen erheblich niedriger als im langjährigen Mittel (3,0 Prozent). Bundesanleihen mit 9 bis 10-jähriger Restlaufzeit verzinsen sich seit März mit etwa 5,2 Prozent. Die aktuelle Break-Even-Inflationsrate für 10-jährige französische Staatsanleihen¹ von 1,7 Prozent in Rechnung gestellt, liegt der reale Kapitalmarktzins gegenwärtig bei 3,5 Prozent und damit einen halben Prozentpunkt unter seinem langjährigen Durchschnitt. Der Euro hat zuletzt merklich gegenüber dem US-Dollar an Wert gewonnen. Der Index der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft liegt aber wohl immer noch unter seinem langjährigen Mittelwert.

Im Prognosezeitraum werden sich die monetären Rahmenbedingungen verschlechtern. Die EZB wird unseren Annahmen zufolge (vgl. Benner et al. 2002) im Herbst beginnen, die Leitzinsen im Euroraum schrittweise auf 4,0 Prozent zu erhöhen. Der Zinssatz für Dreimonatsgeld wird infolgedessen bis Anfang 2003 auf 4,3 Prozent steigen (Tabelle 1); für die Kapitalmarktrendite ist eine Zunahme auf 5,5 Prozent unterstellt. Der Euro dürfte bis zum Jahresende weiter gegenüber dem Dollar aufwerten, ohne allerdings die Parität zu erreichen. Da die Zin-

Tabelle 1: Rahmendaten der Konjunkturprognose 2002 und 2003

	2002				2003			
	1. Q.	2. Q. ^a	3. Q. ^b	4. Q. ^b	1. Q. ^b	2. Q. ^b	3. Q. ^b	4. Q. ^b
Geldmenge M3, Euroland ^{c,d}	4,4	2,0	2,0	3,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Zinssatz für Dreimonatsgeld	3,4	3,5	3,7	4,2	4,3	4,3	4,3	4,2
Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	4,9	5,2	5,4	5,5	5,5	5,4	5,3	5,2
Tariflohnindex ^{e,f}	2,5	2,9	2,9	3,1	3,0	2,3	2,7	2,7
Wechselkurs US-Dollar/Euro	0,88	0,91	0,94	0,96	0,96	0,92	0,92	0,93
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ^g	91,3	91,7	92,2	92,7	93,1	93,6	93,8	94,0
Industrieproduktion im Ausland ^{d,h}	2,4	3,9	6,0	5,6	4,8	3,8	3,2	2,8
Rohölpreis ⁱ	21,0	24,8	23,5	23,0	22,7	23,5	24,0	24,5

^a Teilweise geschätzt. – ^b Prognose. – ^c Saisonbereinigter Index. – ^d Veränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet, in Prozent. – ^e Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in Prozent. – ^f Auf Stundenbasis. – ^g Gegenüber 38 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. – ^h In 18 Industrieländern, gewichtet mit dem Anteil an der deutschen Ausfuhr. – ⁱ US-Dollar pro Barrel North-Sea-Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.), *Monatsberichte*, Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.), *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*, Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.), *Monatsbericht*, eigene Berechnungen.

¹ Als Break-Even-Inflationsrate wird die Renditedifferenz zwischen nichtindexierten und indexierten Staatsanleihen gleicher Laufzeit bezeichnet. Sie gilt als Maß für die von den Anlegern für die Laufzeit erwartete durchschnittliche Inflationsrate.

sen in den Vereinigten Staaten im kommenden Jahr wohl stärker steigen werden als im Euroraum, wird angenommen, dass der Euro dann wieder etwas an Wert einbüßt.

Finanzpolitik reduziert strukturelles Budgetdefizit

Die Finanzpolitik dämpft die Konjunktur im Jahr 2002. Die konjunkturbereinigten Staatsausgaben expandieren mit knapp 2,5 Prozent schwächer als das nominale Produktionspotential; dabei wirkt sich aus, dass viele Bundesländer Haushaltssperren beschlossen haben. Gleichzeitig steigt die Belastung durch Steuern und Sozialbeiträge insgesamt in Relation zum Bruttoinlandsprodukt um 0,3 Prozentpunkte.²

Die Budgetdefizite des Bundes und der Länder werden im Jahr 2002 – trotz der Erholung der Konjunktur im Verlauf des Jahres – ähnlich hoch ausfallen wie im Jahr 2001. Dies wird Einsparmaßnahmen im Jahr 2003 zur Folge haben, zumal die Bundesregierung dem Finanzministerrat der EU (ECOFIN) zugesagt hat, das Budgetdefizit des Staates im Jahr 2004 auf „nahezu null“ zu reduzieren. Der Finanzplanungsrat hat beschlossen, den Anstieg der Ausgaben des Bundes und der Länder zusammen in den Jahren 2003 und 2004 (in finanzstatistischer Abgrenzung) auf jahresdurchschnittlich 0,5 Prozent zu begrenzen.³ Die Zunahme der konjunkturbereinigten Ausgaben des Staates (in der Abgrenzung der VGR) dürfte sich nach unserer Einschätzung im Jahr 2003 auf reichlich 2 Prozent abschwächen. Dabei werden die Ausgaben der Gebietskörperschaften um knapp 2 Prozent steigen; in finanzstatistischer Abgrenzung dürften sie um knapp 1,5 Prozent zunehmen. Die Ausgaben der Sozialversicherung werden um 2,5 Prozent und somit in wenig verändertem Tempo expandieren, weil durchgreifende Reformen im Gesundheitswesen nicht zu erwarten sind und die Eingriffe in die arbeitsmarktpolitisch motivierten Programme insgesamt moderat bleiben dürften.

Die Steuer- und Sozialabgabenbelastung wird im Jahr 2003 wohl unverändert bleiben. Zwar werden die Einkommensteuersätze durchgängig reduziert, aber die Ökosteuern werden zum 1. Januar 2003 erhöht.⁴ Außerdem dürfte der Beitragssatz in der Rentenversicherung dennoch angehoben werden; er war zu Jahresbeginn trotz eines absehbaren Budgetdefizits konstant gehalten worden, was zur Folge haben wird, dass bei unverändertem Leistungsrecht die Rücklagen zum Jahresende 2002 beträchtlich gesunken sein werden. Das strukturelle Budgetdefizit des Staates wird im Jahr 2003 geringfügig abnehmen.

² Einige Verbrauchsteuern (Benzin- und Dieselsteuer, Strom-, Tabak- und Versicherungssteuer) wurden zu Jahresbeginn angehoben. Die Einkommensteuerbelastung nimmt progressionsbedingt zu. Der (durchschnittliche) Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung wird im Jahr 2002 um 0,4 Prozentpunkte höher sein als im Jahr 2001.

³ Der Bund will seine Ausgaben um 0,5 Prozent senken, die Bundesländer (einschließlich Gemeinden) wollen ihre Ausgaben um nur 1 Prozent erhöhen. Als gewogener Mittelwert ergibt sich eine Veränderungsrate von 0,5 Prozent.

⁴ Wir unterstellen für die Prognose die geltende Rechtslage; die CDU/CSU hat freilich angekündigt, die vierte Stufe der ökologischen Steuerreform nicht zu verwirklichen.

Weltweiter Aufschwung stimuliert Ausfuhr

Zu Jahresbeginn wurde die Konjunktur durch einen kräftigen Exportanstieg angetrieben. Im Zuge des globalen Aufschwungs legten die Exporte im ersten Quartal mit einer laufenden Jahresrate von knapp 8 Prozent zu. Die Ausfuhr in die Vereinigten Staaten, die im vierten Quartal eingebrochen waren, erholten sich, während die ohnehin hohen Zuwachsraten der Ausfuhr in die Reformländer und auch die in die Entwicklungsländer sogar noch stiegen.

Im weiteren Jahresverlauf bleiben die Absatzchancen für die Exporteure günstig. Die seit Jahresbeginn zu beobachtende Zunahme der Bestellungen aus dem Ausland hat sich zuletzt weiter erhöht. Der Aufschwung bei den wichtigsten Handelspartnern Deutschlands wird für einen beschleunigten Zuwachs der Exporte im Jahr 2002 sorgen. Im Jahr 2003 werden sich die Ausfuhrzuwächse jedoch aufgrund der Abflachung der Weltkonjunktur verlangsamen. Hinzu kommt ein Rückgang der preislichen Wettbewerbsfähigkeit durch die Aufwertung des Euro. Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg der Exporte um 2,7 Prozent im Jahr 2002 und um 4,5 Prozent im Folgejahr.

Die Importe sind zu Jahresbeginn wegen der schwachen inländischen Konjunktur mit 10 Prozent überraschend stark zurückgegangen, was dazu beigetragen hat, dass der Außenbeitrag kräftig zunahm. Im weiteren Jahresverlauf dürfte die Einfuhr mit der Belebung der Binnennachfrage jedoch an Fahrt gewinnen; wir rechnen mit kräftigen Zuwachsraten für das Sommerhalbjahr. Dieser Trend wird sich durch die weiter sinkende preisliche Wettbewerbsfähigkeit auch im kommenden Jahr fortsetzen, wenngleich sich die Zuwächse gegen Ende des Prognosezeitraums mit der Abschwächung der Binnenkonjunktur und der Exportnachfrage abflachen werden. Für den Durchschnitt des Jahres 2003 erwarten wir eine Zunahme der realen Importe um 6,7 Prozent, nach 0,4 Prozent in diesem Jahr.

Der Deflator der Importe ging zu Beginn des Jahres zurück, nachdem er schon Ende 2001 deutlich gesunken war. Für den Prognosezeitraum ist unterstellt, dass die Rohstoffnotierungen aufgrund des weltweiten Konjunkturaufschwungs anziehen werden. Hingegen wirkt die Aufwertung des Euro im Verlauf dieses Jahres und zu Jahresbeginn 2003 preisdämpfend. Alles in allem wird der Deflator der Importe in diesem Jahr – auch aufgrund seines niedrigen Ausgangsniveaus – um 2 Prozent nachgeben und im Jahr 2003 um 1,5 Prozent steigen. Bei einem Anstieg der Ausführpreise um knapp 1 Prozent in diesem Jahr und 1,8 Prozent im nächsten Jahr bedeutet dies für das laufende Jahr eine spürbare und für das Jahr 2003 eine geringfügige Verbesserung der Terms of Trade.

Kräftige Expansion der Binnennachfrage

In den ersten Monaten des laufenden Jahres war die Binnennachfrage nicht zuletzt aufgrund eines beschleunigten Abbaus der Vorräte stark rückläufig. Bereits im Frühjahr dürften die außenwirtschaftlichen Impulse und die Anstöße von monetärer Seite zu einer kräftigen Beschleunigung der Binnennachfrage geführt haben, die sich im kommenden Jahr mit der Abflachung der Weltkonjunktur und der Straffung der Geldpolitik zunehmend abschwächen wird.

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im ersten Quartal 2002 deutlich gefallen, nachdem sie bereits im Verlauf des vergangenen Jahres spürbar abgenommen hatten. Maßgeblich hierfür dürften nicht zuletzt die zu Jahresbeginn als noch unsicher eingeschätzte konjunkturelle Lage sowie die Ungewissheit hinsichtlich des Ergebnisses der Lohnverhandlungen gewesen sein. Für den Prognosezeitraum rechnen wir mit einer merklichen Erholung bei den Ausrüstungsinvestitionen. Die Absatzperspektiven der Unternehmen im In- und Ausland haben sich deutlich aufgehellt; darauf weist die Verbesserung der Geschäftserwartungen hin. Zudem haben sich die Auftragseingänge im Investitionsgütergewerbe aus dem Inland zuletzt kräftig erhöht. Der beschleunigte Anstieg der Tariflöhne und die gestiegenen Rohstoffpreise dämpfen zwar die Expansion der Ausrüstungsinvestitionen, dagegen wirken die Zinsen aber vorerst noch stimulierend. Insgesamt ergibt sich für das Jahr 2002 aufgrund des geringen Niveaus zu Jahresbeginn eine Abnahme der Ausrüstungsinvestitionen um 3,9 Prozent. Im kommenden Jahr wird sich der Investitionsaufschwung fortsetzen. Im Jahresverlauf werden die außenwirtschaftlichen Impulse jedoch nachlassen, was dazu führt, dass sich die Zuwachsraten der Ausrüstungsinvestitionen abschwächen. Zudem werden sich die monetären Rahmenbedingungen verschlechtern. Für das Jahr 2003 erwarten wir einen Anstieg um 7,7 Prozent. Die Investitionen in die sonstigen Anlagen dürften 2002 um 5,5 Prozent und 2003 um 7,1 Prozent ausgeweitet werden.

Bei den Bauinvestitionen scheint sich die Lage nach dem starken Rückgang im vergangenen Jahr zu stabilisieren. Im Wohnungsbau konnte im ersten Quartal ein Zuwachs von 2,2 Prozent (laufende Jahresrate) verzeichnet werden. Allerdings ist im Wohnungsbau nicht mit einem kräftigen Produktionsanstieg zu rechnen. Weiterhin bestehen erhebliche Überkapazitäten insbesondere in Ostdeutschland. Auch die Entwicklung der Baugenehmigungen lässt nicht auf eine spürbare Belebung schließen. Wir erwarten daher, dass der Wohnungsbau im weiteren Jahresverlauf in etwa stagniert und im Jahresdurchschnitt um 0,5 Prozent schrumpft. Für das nächste Jahr rechnen wir mit einer leichten Zunahme der Wohnungsbautätigkeit. Der Wirtschaftsbau konnte zum Jahresbeginn 2002 wieder zulegen, nachdem er im zweiten Halbjahr 2001 deutlich zurückgegangen war. Für das laufende Jahr sind hier angesichts des Anstiegs der Baugenehmigungen und Auftragseingänge die Aussichten günstiger als im Wohnungsbau. Im Jahr 2002 werden die gewerblichen Bauinvestitionen um 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr zulegen; im nächsten Jahr steigen sie um 2,2 Prozent. Die öffentlichen Bauinvestitionen waren zu Jahresbeginn rückläufig, diese Entwicklung wird sich angesichts der angespannten Haushaltsslage im Jahresverlauf weiter fortsetzen. Im nächsten Jahr werden die öffentlichen Bauinvestitionen bei sich verbessernder Finanzlage der Kommunen wieder anziehen. Wir rechnen für das Jahr 2002 mit einer Abnahme um 5,9 Prozent und im Jahr 2003 mit einem leichten Zuwachs (0,2 Prozent). Alles in allem werden die Bauinvestitionen 2002 um 0,1 Prozent abnehmen. Für das Jahr 2003 erwarten wir einen Anstieg von etwa 0,8 Prozent. Die Baupreise dürften sich aufgrund der weiterhin stark unterausgelasteten Kapazitäten nicht nennenswert erhöhen.

Die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte sind im ersten Quartal 2002 mit einer laufenden Jahresrate von 1 Prozent zurückgegangen. Maßgeblich

hierfür waren die Abnahme des real verfügbaren Einkommens und die gestiegene Arbeitslosigkeit. Vermutlich haben auch die Verunsicherung der Konsumenten aufgrund der Euro-Bargeldeinführung und die als sehr hoch wahrgenommene Inflation zu der Konsumzurückhaltung beigetragen. Ab dem zweiten Quartal erholt sich die Konsumnachfrage zunehmend. Unterstützt wird das sich festigende Vertrauen der Verbraucher von moderat steigenden Lebenshaltungskosten. In der zweiten Jahreshälfte wird der private Konsum recht kräftig zulegen, denn das real verfügbare Einkommen expandiert, auch durch die im Zuge der Tarifabschlüsse erzielten hohen Lohnzuwächse, merklich rascher, und die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt verbessern sich. Trotz der Beschleunigung im Jahresverlauf werden die Konsumausgaben für den Jahresdurchschnitt 2002 ihren Wert vom Vorjahr um lediglich 0,4 Prozent übertreffen. Im kommenden Jahr expandiert der private Konsum zunächst kräftig. Doch im Jahresverlauf führen die Verlangsamung des wirtschaftlichen Expansionstempos, die sich abschwächenden Impulse der Einkommensteuersenkung zum 1. Januar 2003 und wieder anziehende Preise dazu, dass die Dynamik der Konsumausgaben nachlässt. Bei einem Anstieg des real verfügbaren Einkommens um 1,9 Prozent werden die Verbraucher ihren Konsum 2003 um 3 Prozent ausweiten.

Verbraucherpreisauftrieb: Kein Anlass zur Sorge

Die Verbraucherpreise waren zu Jahresbeginn auch sprunghaft gestiegen. Die Euro-Bargeldumstellung dürfte dabei kaum eine Rolle gespielt haben (Kasten 1). In den vergangenen Monaten hat sich das Preisklima wieder beruhigt. Im Vorjahresvergleich belief sich der Preisanstieg im Mai auf 1,1 Prozent; dies ist die niedrigste Inflationsrate seit November 1999. Im weiteren Jahresverlauf bleibt der Anstieg der Lebenshaltungskosten moderat. Zwar wird die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung zunehmen, doch wird sie dieses Jahr unter der Normalauslastung bleiben, so dass die Preisüberwälzungsspielräume gering sind. Die Rohstoffpreise werden im Jahresverlauf etwas anziehen, doch erwarten wir auch von dieser Seite keine nennenswerten Teuerungsimpulse. Allerdings dürfte der im Vergleich zum Vorjahr höhere Anstieg der nominalen Lohnstückkosten den Preisauftrieb etwas verstärken. Dämpfend werden sich dagegen die erwartete Aufwertung des Euro sowie die sinkenden Nahrungsmittelpreise auswirken. Im Jahresdurchschnitt 2002 wird die Teuerungsrate 1,6 Prozent betragen. Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte sich der Preisanstieg leicht verstärken. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung und somit die Preisüberwälzungsspielräume werden zunehmen. Auch von den Rohstoffnotierungen dürften verstärkt Teuerungsimpulse ausgehen. Für den Jahresdurchschnitt 2003 erwarten wir eine Inflationsrate von 1,7 Prozent.

Arbeitsmarkt: Nennenswerte Besserung erst 2003

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich im bisherigen Verlauf des Jahres abermals verschlechtert. Die Beschäftigung wurde bis März weiter reduziert und unterschreitet inzwischen das Vorjahresniveau um mehr als 150 000 Personen. Der starke An-

Kasten 1: Zum Ausmaß des Preisniveaustiegs aufgrund der Euro-Bargeldeinführung

Im Januar 2002 wurde ein spürbarer Anstieg der Lebenshaltungskosten verzeichnet, der von vielen Beobachtern auf die Einführung des Euro-Bargelds zurückgeführt wird. Tatsächlich ist es plausibel anzunehmen, dass die Bargeldumstellung für Preiserhöhungen genutzt wurde, zumal die Umstellung für viele Unternehmen mit höheren Kosten verbunden war. Beispielsweise ist es dort der Fall gewesen, wo in größerem Umfang Preisanpassungskosten (Menu Costs) anfallen, wie etwa im Hotel- und Gaststättengewerbe (vgl. Lindner 2002).

Will man die tatsächlichen Auswirkungen der Bargeldeinführung auf den Preisindex der Lebenshaltung im Januar abschätzen, muss berücksichtigt werden, dass gleichzeitig andere Sonderfaktoren auftraten: Die Tabak- und die Versicherungssteuer wurden angehoben, die Energiepreise zogen – auch aufgrund der dritten Stufe der Ökosteuer – wieder an und zudem erhöhten sich die Preise für saisonale Lebensmittel, insbesondere für Gemüse ungewöhnlich stark. Rechnet man jene Gütergruppen aus dem Preisindex heraus, die direkt durch die oben genannten Preiserhöhungen betroffen waren (Tabakwaren, Versicherungsdienstleistungen, Kraft- und Schmierstoffe für Kfz, Strom, Gas und andere Brennstoffe, Fischwaren, Obst und Gemüse) und bereinigt den verbleibenden Preisindex um die üblichen jahreszeitlichen Schwankungen³, so ergibt sich für Januar ein Preisanstieg in Höhe von 0,17 Prozent.

Ohne die Euro-Bargeldeinführung wäre der verbleibende Preisindex im Januar vermutlich nahezu genauso stark gestiegen. Dies folgt aus einer dynamischen Schätzgleichung für den verbleibenden Preisindex, deren Schätzung

$$\begin{aligned} \Delta p = & 0,049 - 0,011 p_{t-1} + 0,0015 p_{t-1}^{\text{OI}} + 0,076 \Delta p_{t-3} + 0,074 \Delta p_{t-5} \\ & \text{(6.00)} \quad \text{(6.25)} \quad \text{(5.01)} \quad \text{(2.14)} \quad \text{(2.09)} \\ & - 0,003 \Delta p_{t-8}^{\text{OI}} - 0,002 \Delta p_{t-3}^{\text{OI}} + \text{Dummies,} \\ & \text{(3.65)} \quad \text{(2.96)} \end{aligned}$$

$$\bar{R}^2 = 0,84 \quad \text{Schätzzeitraum: 1991:12 – 2002:04}$$

ergibt, wobei p für den natürlichen Logarithmus des verbleibenden Preisindex und p^{OI} für den natürlichen Logarithmus des Weltmarktpreises für Rohöl (North Sea Brent)^b steht und Δ die erste Differenz einer Variable bezeichnet. Die Residuen der Gleichung sind frei von Autokorrelation und durch die Eliminierung von Ausreißern durch 0/1-Variablen (Dummies) wurde deren Normalverteilung sichergestellt. Die Gleichung prognostiziert für Januar einen Anstieg des verbleibenden Preisindex um nur 0,14 Prozent (Tabelle). Die Differenz zum tatsächlichen Anstieg des verbleibenden Preisindex von 0,03 Prozentpunkten ist statistisch nicht signifikant von Null verschieden.

Die Deutsche Bundesbank (2002: 10 f.) ermittelt einen Anstieg des „verbleibenden Preisindex“ im Januar in ähnlichem Umfang; sie analysiert allerdings nicht die trendmäßige Zunahme dieses Index in diesem Monat. Lindner (2002) ermittelt einen noch stärkeren Effekt (0,4 Prozent). Doch bereinigt er in seiner Analyse den Preisindex der Lebenshaltung um die Preise für alle Nahrungsmittel; allerdings stagnierten die Preise für nicht saisonale Nahrungsmittel im Januar.

Kasten 1: Fortsetzung

Tabelle: Anstieg des saisonbereinigten verbleibenden Preisindex¹ gegenüber dem Vormonat in Prozent

	Tatsächlicher Anstieg	Anstieg laut Modellprognose	Nachrichtlich: Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung ²
Juli 2001	0,00	0,15	-0,16
August 2001	0,19	0,13	0,12
September 2001	0,10	0,13	0,04
Oktober 2001	0,20	0,15	0,06
November 2001	0,12	0,16	-0,07
Dezember 2001	0,14	0,09	0,06
Januar 2002	0,17	0,14	0,76
Februar 2002	0,13	0,08	-0,05
März 2002	0,14	0,08	0,26
April 2002	0,00	0,04	0,10

¹ Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte ohne die Preise für die im Text aufgeführten Güter. – ² Saisonbereinigt mit X12-ARIMA, Standardeinstellung nach Eviews 4.0.

^a Mithilfe des Saisonbereinigungsverfahrens X12-ARIMA, Standardeinstellung nach Eviews 4.0. – ^b Der verbleibende Preisindex wird statistisch signifikant von Veränderungen des Rohölpreises beeinflusst, obgleich er keine Energiepreise enthält. Offenbar spielen hier Durchwirkungseffekte eine Rolle.

stieg der registrierten Arbeitslosigkeit hat sich der Tendenz nach bis zuletzt (Ende Mai) fortgesetzt. Die Unterbrechung dieser Entwicklung von Februar bis April war ausschließlich auf Sonderfaktoren zurückzuführen. Hier hat sich vor allem das Job-AQTIV-Gesetz niedergeschlagen, das Anfang 2002 in Kraft getreten ist.⁵ Die Zunahme der Zahl der offenen Stellen nach der Jahreswende erwies sich

⁵ Die nunmehr von allen Arbeitslosen geforderte, verstärkte Mitwirkung an ihrer Vermittlung führte in den Monaten Februar bis April zu einer sehr starken Zunahme von Abgängen aus registrierter Arbeitslosigkeit in Nichterwerbstätigkeit. So wurden Meldungen bei den Arbeitsämtern nicht erneuert oder es erfolgte ein Übergang in Vorruhestandsmaßnahmen nach § 428 SGB III. In diesem Fall wird das Arbeitslosengeld bzw. die Arbeitslosenhilfe bis zum 60. Lebensjahr weiter gewährt, ohne dass der Arbeitslose dem Arbeitsmarkt noch zur Verfügung stehen muss. Er ist dann gehalten, mit 60 Jahren Rente zu beantragen und wird nicht mehr als Arbeitsloser in der Statistik geführt. Es hat den Anschein, dass sich die Bemühungen der Arbeitsämter seit Februar schwerpunktmäßig erst einmal auf die Problemfälle unter den Arbeitslosen konzentriert haben. Der außerordentlich starke Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit im Mai um 60 000 Personen ist zu einem beträchtlichen Teil auf Rückmeldungen von Personen zurückzuführen, „die in den Monaten zuvor im Zuge der Umsetzung des Job-AQTIV-Gesetzes in Nichterwerbstätigkeit abgegangen waren“ (Bundesanstalt für Arbeit 2002).

nicht als dauerhaft. Seit April ist wieder ein leichter Rückgang zu beobachten. Hierbei dürfte auch die Zuspitzung des Tarifkonflikts in der Metallindustrie eine Rolle gespielt haben. Der sprunghafte Anstieg der Kurzarbeit in den vergangenen Monaten, die neben der Bauwirtschaft besonders von den exportintensiven Branchen Maschinenbau und Elektrotechnik in Anspruch genommen wurde, zeigt das Bestreben, qualifizierte Mitarbeiter trotz der verschlechterten Auftragslage zu halten.

Mit dem Anziehen der Konjunktur im zweiten Quartal dürfte es im produzierenden Gewerbe zwar deutlich weniger Entlassungen gegeben haben. Neueinstellungen werden aber noch weitgehend vermieden worden sein; der Abbau von Kurzarbeit, die Inanspruchnahme von Überstunden sowie vor allem die in den letzten Jahren sehr stark gestiegene Bedeutung von Arbeitszeitkonten⁶ bieten gute Voraussetzungen für eine reibungslose Anpassung des Arbeitseinsatzes an ein höheres Produktionsniveau. Lediglich im Dienstleistungssektor, in dem sich das Wachstum der Erwerbstätigkeit im Zuge des konjunkturellen Abschwungs sowie infolge der auslaufenden Sondereffekte des 630-DM-Gesetzes stark verlangsamt hatte (auf 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr im ersten Quartal 2002), ist mit einer leicht beschleunigten Ausweitung der Beschäftigung zu rechnen.

Erst nach der Jahresmitte, wenn sich der Aufschwung gefestigt haben wird, so dass auch in der verarbeitenden Industrie ein zusätzlicher Personalbedarf entsteht, dürfte die Beschäftigung wieder zulegen. Der konjunkturelle Tiefstand im zweiten Quartal wird voraussichtlich im vierten Quartal 2002 um 70 000 Personen übertroffen werden. Dem steht eine Verminderung der registrierten Arbeitslosigkeit in demselben Zeitraum um 45 000 Personen gegenüber, wobei allerdings ein Teil dieser Abnahme auf das Job-AQTIV-Gesetz zurückzuführen ist, durch das direkt das Arbeitsangebot verringert wird.⁷

Im Jahr 2003 wird der Personalbestand dann wieder kräftiger aufgestockt werden. Im Verlauf nimmt die Erwerbstätigkeit um nahezu 250 000 Personen zu. Demgegenüber wird sich die registrierte Arbeitslosigkeit nur um rund 160 000 Personen verringern, nachdem die das Arbeitsangebot senkenden Faktoren des Job-AQTIV-Gesetzes kaum noch eine Rolle spielen. Im Durchschnitt des Jahres 2003 wird die Beschäftigung mit 38,86 Mill. Personen ihr im Jahr 2001 erreich-

⁶ Nach den Ergebnissen des Mikrozensus verfügten im April 2001 bereits rund 30 Prozent aller abhängig Erwerbstätigen über ein Arbeitszeitkonto (im produzierenden Gewerbe: 33 Prozent). Am weitesten verbreitet sind Arbeitszeitkonten in größeren Betrieben (50 oder mehr Beschäftigte: gut 40 Prozent).

⁷ Diejenigen registrierten Arbeitslosen, die aufgrund „mangelnder Mitwirkung bei ihrer Vermittlung“ oder wegen Nichterneuerung der Meldung aus der Statistik gestrichen worden sind, können auch nicht der stillen Reserve zugeordnet werden. Bei der Schätzung des Arbeitsangebots wird nur die so genannte „stille Reserve im engeren Sinne“ erfasst. Dies sind Personen, die sich ohne Einschaltung der Arbeitsämter aktiv um einen Arbeitsplatz bemühen. Hierzu zählen die im Zuge der Anwendung des Job-AQTIV-Gesetzes aus der Arbeitslosenstatistik gestrichenen Personen in keinem Fall, da sie es gerade an derartigen Bemühungen haben fehlen lassen und/oder eine Frühverrentung anstreben gemäß § 428 SGB III. Letztere sind ohnehin nicht Teil des Arbeitsangebots. Erneuert jedoch ein aus registrierter Arbeitslosigkeit in Nichterwerbstätigkeit abgegangener Arbeitsloser seine Meldung beim Arbeitsamt, muss er wieder dem Arbeitsangebot zugerechnet werden.

Tabelle 2: Arbeitsmarktbilanz 1997–2003^a

	1997	1998	1999	2000	2001	2002 ^b	2003 ^b
Deutschland							
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	33 294	33 637	34 133	34 724	34 811	34 688	34 876
<i>Nachrichtlich:</i>							
Kurzarbeiter	183	115	119	86	123	166	74
Pendlersaldo	63	62	66	70	71	71	74
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inländer)	33 231	33 575	34 067	34 654	34 740	34 617	34 793
Selbständige ^c	3 914	3 974	3 948	3 982	3 962	3 969	3 988
Erwerbstätige (Inland)	37 208	37 611	38 081	38 706	38 773	38 657	38 855
Arbeitsangebot ^d	43 198	43 408	43 672	44 013	44 189	44 227	44 286
Stille Reserve ^d	1 606	1 518	1 492	1 418	1 564	1 585	1 568
Registrierte Arbeitslose	4 384	4 279	4 099	3 889	3 852	3 985	3 863
<i>Nachrichtlich:</i>							
Arbeitslose nach ILO-Konzept ^e	3 882	3 684	3 416	3 133	3 112	3 224	3 118
Arbeitslosenquote:							
Nach eigener Berechnung ^f	10,6	10,2	9,7	9,2	9,1	9,4	9,1
Nach Definition der BA ^g	11,4	11,1	10,5	9,6	9,4	9,7	9,4
Westdeutschland							
Erwerbstätige ^h	30 721	31 122	31 560	32 242	32 424	32 383	32 631
darunter: BSM ⁱ	67	71	82	70	62	50	42
Arbeitsangebot ^d	35 190	35 384	36 658	35 090	36 320	36 366	36 436
Stille Reserve ^d	1 449	1 358	1 343	1 319	1 418	1 390	1 344
Registrierte Arbeitslose	3 020	2 904	2 755	2 529	2 478	2 593	2 461
Arbeitslosenquote							
Nach eigener Berechnung ^j	9,0	8,5	8,0	7,3	7,1	7,4	7,0
Nach Definition der BA ^g	9,8	9,4	8,8	7,8	7,4	7,7	7,3
Ostdeutschland							
Erwerbstätige ^h	6 487	6 489	6 521	6 464	6 349	6 274	6 224
darunter: BSM ⁱ	235	315	349	247	182	137	118
Arbeitsangebot ^d	8 008	8 024	8 014	7 923	7 869	7 861	7 850
Stille Reserve ^d	157	160	149	100	146	195	224
Registrierte Arbeitslose	1 364	1 375	1 344	1 359	1 374	1 392	1 402
Arbeitslosenquote							
Nach eigener Berechnung ^j	17,4	17,5	17,1	17,4	17,8	18,2	18,4
Nach Definition der BA ^g	18,1	18,2	17,6	17,4	17,5	17,9	18,1

^a 1 000 Personen. – ^b Prognose. – ^c Einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ^d Eigene Neuschätzung auf Basis der revidierten Erwerbstätigenzahlen des Statistischen Bundesamtes vom August 2001. – ^e Gemäß standardisierter Definition der EU, VGR-Konzept. – ^f Registrierte Arbeitslose in Prozent der Summe aus den erwerbstätigen Inländern und den registrierten Arbeitslosen. – ^g Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen; ab 2001 nur eingeschränkt mit den Zahlen zuvor vergleichbar. – ^h Arbeitsortkonzept. Berechnungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, wobei die Angaben für Berlin zu 65 Prozent Westdeutschland und zu 35 Prozent Ostdeutschland zugeschlagen worden sind. Die sich hieraus ergebenden Anteile für Ost und West wurden auf die revidierten Erwerbstätigenzahlen übertragen. – ⁱ BSM: Beschäftigung schaffende Maßnahmen, d.h. allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Struktur Anpassungsmaßnahmen. – ^j Registrierte Arbeitslose mit Wohnort in West- bzw. Ostdeutschland in Prozent der Summe aus den jeweils dort Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen (Mischung aus „Inlands-“ und „Inländer-“Konzept).

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (lfd. Jgg.), Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.), *Wirtschaft und Statistik*, Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.); *Fachserie 1, Pressemitteilung* des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder vom 13. März 2002, eigene Schätzungen und Prognosen.

tes Niveau allerdings nur um ca. 80 000 übertreffen (Tabelle 2). Die registrierte Arbeitslosigkeit, die trotz der Bereinigung der Arbeitslosenstatistik infolge des Job-AQTIV-Gesetzes im Jahr 2002 praktisch die Viermillionengrenze erreichen wird (3,99 Mill. Personen), reduziert sich im Jahr 2003 auf 3,86 Mill. Personen.

Die Abschlüsse der Lohnrunde 2002 in den Pilotbereichen Metall und Chemie bringen Tarifierhebungen für die jeweilige Laufzeit der Verträge (unter Einbeziehung aller Sonderkomponenten) von deutlich mehr als 3 Prozent. Damit wurde die Politik der Lohnmoderation erneut aufgegeben. Für die Gesamtwirtschaft rechnen wir mit einem Anstieg des Tariflohns auf Stundenbasis um 2,9 Prozent in diesem und 2,7 Prozent im nächsten Jahr, wobei allerdings die abermals nahezu zweijährige Laufzeit des Metalltarifvertrags als positives Element hervorzuheben ist,⁸ zumal für das kommende Jahr ein niedrigerer Anstieg der Löhne vereinbart wurde. Hieraus errechnet sich ein Anstieg des Produzentenreallohns auf Stundenbasis⁹ von 1,2 Prozent im laufenden und 2 Prozent im kommenden Jahr, dem ein Wachstum der Arbeitsproduktivität je Stunde um 1,6 Prozent in diesem und um 2,0 Prozent im Jahr 2003 gegenübersteht. Dass trotz des relativ hohen Tarifabschlusses 2002 noch ein schwacher Anreiz für die Beschäftigungsausweitung bleibt, ist vor allem bedingt durch die deutliche Verbesserung der Terms of Trade in diesem Jahr.

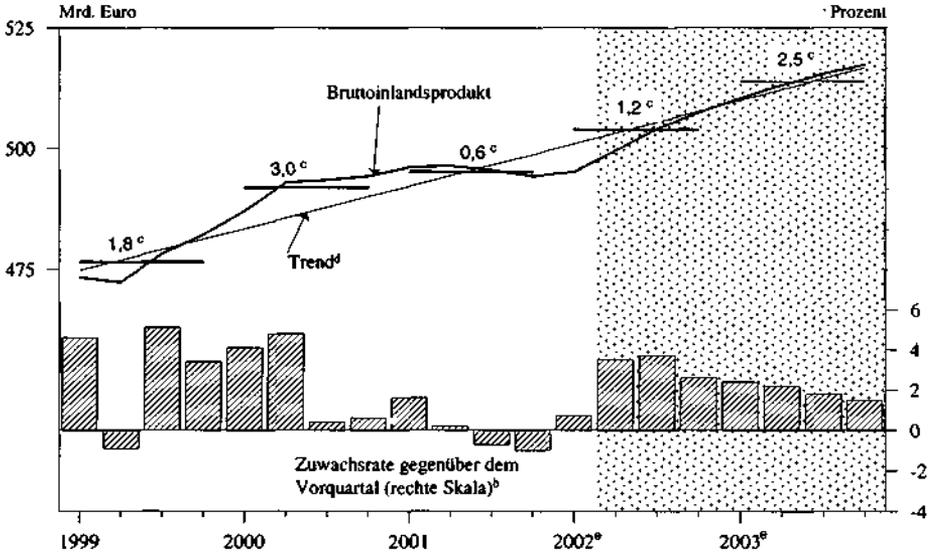
Ausblick: Deutliche Zunahme der Kapazitätsauslastung

Mit dem sich weiter beschleunigenden Fahrttempo der Weltwirtschaft erhält die Konjunktur von der Auslandsnachfrage bis zum Jahresende zunehmend Schub. Gleichzeitig wirken die monetären Rahmenbedingungen zusammen mit den verbesserten Absatzperspektiven anregend auf die Investitionen. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte daher bis Ende 2002 mit Raten deutlich oberhalb des Produktionspotentials expandieren (Schaubild 2). Im kommenden Jahr schwächt sich die Expansion der Weltwirtschaft ab, die Anregungen von monetärer Seite lassen merklich nach und höhere Rohstoffpreise und ein abermals kräftiger Anstieg der Tariflöhne schmälern die Gewinnaussichten zusätzlich. Der Aufschwung verliert deutlich an Dynamik; in der zweiten Jahreshälfte nimmt die Kapazitätsauslastung kaum noch zu. Im Durchschnitt des Jahres 2003 steigt das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,5 Prozent, nach 1,2 Prozent im Jahr zuvor (Tabelle 3).

Die für 2002 und 2003 vereinbarten Tariflohnabschlüsse in den Bereichen Chemie und Metall beenden eine kurze Periode moderater Lohnerhöhungen. Der gesamtwirtschaftliche Tariflohnanstieg wird jeweils deutlich über der Zunahme

⁸ Der Tarifvertrag in der Metallindustrie läuft bis Ende 2003. Für die meisten der bis dahin noch abzuschließenden Tarifverträge gibt die Vereinbarung bei Metall zumindest grobe Leitlinien vor. So ist vor allem nicht zu erwarten, dass der im kommenden Frühjahr anstehende Neuabschluss in der Chemiebranche aufgrund der dann deutlich günstigeren Arbeitsmarktlage zu noch stärkeren Tarifierhöhungen führt, als sie durch den Vertrag in der Metallindustrie für 2003 vorgezeichnet sind. Insofern erhalten die Unternehmen eine im Großen und Ganzen sichere Kalkulationsbasis für die Personalkosten bis zum Ende des Prognosezeitraums.

⁹ Veränderungsrate des Arbeitnehmerentgelts je Stunde abzüglich der Veränderungsrate des Deflators des Bruttoinlandsprodukts (2002: 1,9 Prozent; 2003: 1,2 Prozent).

Schaubild 2: Reales Bruttoinlandsprodukt^a in Deutschland

^a Arbeitstäglich- und saisonbereinigt. – ^b Auf Jahresraten hochgerechnet. – ^c Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent. – ^d Berechnet mithilfe eines Hodrick-Prescott-Filters. – ^e Ab 2002 II: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.), *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*, Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.), *Wirtschaft und Statistik*, eigene Berechnungen und Prognosen.

im Jahr 2000 und im Jahr 2001 liegen. Mit einem – wenngleich etwas schwächeren – Anziehen der Tariflöhne war von uns gerechnet worden. Im Durchschnitt über das laufende und das kommende Jahr werden die Löhne nur wenig schneller steigen als zu Jahresanfang prognostiziert. Da sich zudem die Terms of Trade wohl stärker verbessern werden als bisher angenommen, werden die realen Lohnstückkosten trotz des stärkeren Lohnanstiegs wie erwartet zurückgehen. Für eine umfassende Korrektur unserer bisherigen Prognose geben die Lohnabschlüsse daher keinen Anlass.

Mit Blick auf den weiterhin bestehenden deutlichen Angebotsüberschuss am Arbeitsmarkt wäre gleichwohl ein niedrigerer Tarifabschluss zu begrüßen gewesen. Zu einem nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit wird es nur kommen, wenn die Lohnkosten spürbar langsamer steigen als die Produktivität. Die niedrigen Lohnsteigerungsraten der vergangenen beiden Jahre hätten einen Einstieg in eine derartige Politik der Lohnmoderation sein können. Mit den diesjährigen Abschlüssen haben die Verantwortlichen deutlich gemacht, dass sie zu einer solchen Politik offenbar nicht bereit oder nicht in der Lage sind. Für die Zukunft ist damit von Seiten der Tarifpolitik zwar weiterhin kein grob stabilitätswidriges Verhalten zu erwarten. Einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit wird sie aber, ungeachtet des „Bündnis für Arbeit“, wohl auch nicht

Tabelle 3: Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2000–2003

	2000	2000	2001	2002 ^a	2003 ^a
	Mrd. €	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995					
Bruttoinlandsprodukte	1 979,6	3,0	0,6	1,2	2,5
Private Konsumausgaben	1 120,9	1,4	1,1	0,4	3,0
Konsumausgaben des Staates	385,6	1,2	1,7	1,2	1,1
Anlageinvestitionen	420,8	2,3	-4,8	-1,2	3,9
Ausrüstungsinvestitionen	165,5	8,7	-5,0	-3,9	7,7
Bauinvestitionen	228,5	-2,5	-5,8	-0,1	0,8
Sonstige Anlagen	26,8	8,9	6,0	5,4	7,1
Vorratsveränderung (Mrd. €)	-14,1	3,1	-14,1	-11,5	-4,0
Ausfuhr	689,9	13,2	4,7	2,7	4,5
Einfuhr	623,5	10,0	0,1	0,4	6,7
Außenbeitrag (Mrd. €)	66,4	35,8	66,4	72,5	72,1
Bruttonationaleinkommen	1 972,7	3,3	0,5	0,9	2,5
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2 063,0	2,6	1,9	3,0	3,7
Private Konsumausgaben	1 218,1	2,9	3,0	2,0	4,5
Konsumausgaben des Staates	393,2	1,6	2,3	2,1	2,0
Anlageinvestitionen	417,8	2,8	-4,6	-0,7	4,7
Ausrüstungsinvestitionen	167,2	9,7	-4,3	-2,8	8,7
Bauinvestitionen	227,0	-1,9	-5,7	-0,3	1,5
Sonstige Anlagen	23,6	5,9	4,2	4,5	7,2
Vorratsveränderung (Mrd. €)	-5,2	12,1	-5,2	-8,2	-4,1
Ausfuhr	721,4	16,5	5,6	3,6	6,3
Einfuhr	682,3	18,5	1,0	-1,6	8,3
Außenbeitrag (Mrd. €)	39,1	8,0	39,1	75,8	67,2
Bruttonationaleinkommen	2 054,6	2,8	1,8	3,0	3,7
Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts					
Bruttoinlandsprodukt	104,2	-0,4	1,3	1,9	1,2
Private Konsumausgaben	108,7	1,4	1,8	1,5	1,5
Ausrüstungsinvestitionen	101,0	0,9	0,7	1,2	1,0
Bauinvestitionen	99,4	0,6	0,2	0,4	0,7
Sonstige Anlagen	88,2	-2,7	-1,7	-0,9	0,1
Ausfuhr	104,6	2,9	0,8	0,9	1,8
Einfuhr	109,4	7,7	1,0	-2,0	1,5
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	1 531,1	2,8	1,7	3,1	3,4
Arbeitnehmerentgelt	1 109,7	2,9	1,9	2,5	3,6
in Prozent des Volkseinkommens		72,3	72,5	72,1	72,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	421,4	2,6	1,2	4,6	2,7
Lohnstückkosten, real ^b		0,2	0,0	-0,4	-0,1
Produktivität ^c		2,3	1,4	1,6	2,0
Arbeitslose (Tsd.)		3 889	3 852	3 985	3 863
Arbeitslosenquote (Prozent)		9,6	9,4	9,7	9,4
Erwerbstätige ^d (Tsd.)		38 706	38 773	38 657	38 855
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. €		23,9	-56,3	-49,5	-42,0
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts		1,2	-2,7	-2,3	-1,9
Schuldenstand ^e		60,3	59,8	60,1	59,9
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. €)		-20,3	11,1	22,0	15,0

^a Prognose. – ^b Arbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – ^c Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je geleisteter Arbeitsstunde. – ^d Inlandskonzept. – ^e In Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2002), eigene Schätzungen und Prognosen.

leisten. Ohne grundlegende Reformen der Arbeitsmarktordnung wird es, von konjunkturellen „Strohfeuern“ abgesehen, nicht gelingen, die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess zu integrieren und die damit verbundene Chance eines stärkeren Wachstums des Produktionspotentials zu realisieren.

Zum Stabilitätsprogramm der Bundesregierung

Nach dem Stabilitätsprogramm der Bundesregierung vom Dezember 2001 soll der Budgetsaldo des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt von rund -2,5 Prozent im Jahr 2001 (über -2,0 Prozent im Jahr 2002 und -1,0 Prozent im Jahr 2003) auf 0 im Jahr 2004 steigen. Der Plan basiert auf der Erwartung, dass das reale Bruttoinlandsprodukt – nach einem Anstieg um reichlich 1 Prozent im Jahr 2002 – im Zeitraum 2002 bis 2004 jahresdurchschnittlich um 2,4 Prozent expandieren wird. Als Zweifel der EU-Kommission an den Absichten der Bundesregierung aufgekommen waren, hat die Bundesregierung dem Finanzministerrat der EU im März 2002 versichert, dass das Budget des Staates im Jahr 2004 nahezu ausgeglichen sein wird.

Nach unserer Prognose wird das Budgetdefizit des Staates – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – in diesem Jahr 2,3 Prozent betragen. Im Jahr 2003 wird der Auslastungsgrad des Produktionspotentials zunehmen, gleichzeitig wird die Finanzpolitik das strukturelle Budgetdefizit etwas reduzieren; das Budgetdefizit dürfte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 1,9 Prozent sinken. Im Jahr 2004 wird das Budgetdefizit bei der von der Bundesregierung unterstellten günstigen wirtschaftlichen Entwicklung zwar weiter abnehmen; ohne Eingriffe in Leistungsgesetze und ohne Lohnabschlüsse im öffentlichen Dienst, die deutlich hinter denen im privaten Sektor (im Durchschnitt) zurückbleiben, wird das Defizit des Staates aber kaum unter 1,5 Prozent sinken.

Will die Bundesregierung ihre im Stabilitätsprogramm dargelegten finanzpolitischen Ziele erreichen, so sind beträchtliche Anstrengungen erforderlich, den Anstieg der Ausgaben des Bundes, der Länder und der Gemeinden zu verringern.¹⁰ Zudem kommt es darauf an, die Ausgaben der Sozialversicherung (knapp 22 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) unter Kontrolle zu bringen; gelingt dies nicht, so steigt die Belastung durch die Sozialversicherungsbeiträge mit der Folge, dass das Wachstum der Wirtschaft beeinträchtigt wird.

Wahrscheinlich werden nach der Bundestagswahl Reformmaßnahmen beispielsweise im Gesundheitswesen und im Bereich der Arbeitsmarktpolitik beschlossen. Auch werden die Löhne im öffentlichen Dienst in den Jahren 2003 und

¹⁰ Der Beschluss des Finanzplanungsrates vom März 2002 ist zwar hilfreich, seine Verwirklichung ist aber weder notwendig noch hinreichend, um das Budget im Jahr 2004 nahezu auszugleichen. Wird er durchgesetzt, so ist nicht garantiert, dass das Ziel erreicht wird; es hilft nichts, wenn beispielsweise die Darlehensvergabe der öffentlichen Hand oder der Erwerb von Beteiligungen reduziert werden, die im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) relevanten Ausgaben aber deutlich steigen. Andererseits kann das Ziel gleichwohl erreicht werden, wenn der Beschluss nicht durchgesetzt wird. Es genügt, die Ausgaben der Gebietskörperschaften im Sinne der VGR zu begrenzen; wenn die Darlehensvergabe oder der Erwerb von Beteiligungen aus dem Ruder laufen, so hat das keine Konsequenzen für den Budgetsaldo in der Abgrenzung der VGR.

2004 wohl nur wenig angehoben werden. Es ist aber kaum zu erwarten, dass das Budgetdefizit durch Einsparmaßnahmen auf „nahezu null“ im Jahr 2004 reduziert wird. Ein ausgeglichenes Budget ist freilich für den Fall nicht auszuschließen, dass die Bundesbank einen extrem hohen Gewinn (z. B. infolge von Veräußerungsgewinnen bei Dollar- und/oder Goldverkäufen) ausschüttet und dass der Bund in beträchtlichem Umfang (z. B. früher militärisch genutzte) Grundstücke verkauft.

Summary

Strong Production Increases in Germany

A new upswing has started in Germany. Following a fall in the second half of 2001, aggregate production increased somewhat in the first quarter of 2002. Real GDP expanded with an annual rate of 0.7 percent. Impulses came only from foreign demand; exports increased after having fallen in the quarter before. Domestic demand, in contrast, declined. As real disposable income fell, private households reduced consumption expenditure again. At the same time, investment was reduced once more, not least as a consequence of the uncertainties regarding the future course of the business cycle and with respect to the outcome of the current wage negotiation round.

In the second quarter, production growth is likely to have accelerated significantly. It is true, first estimates of industrial production show only a very moderate increase for April. However, orders to manufacturing have gone up sharply. Moreover, leading indicators point to an acceleration of production growth in many trading partner countries. Accordingly, export expectations and business expectations have improved.

Outlook: Capacity Utilization Will Increase Significantly

As the upturn in the world economy gains momentum, the German economy is pushed upwards by rising foreign demand until the end of the year. At the same time, favorable monetary conditions and improved sales perspectives stimulate investment. Real GDP will expand with rates above potential GDP growth until the end of 2002. Next year, the expansion of the world economy weakens, monetary impulses cease and higher material prices and another sharp wage increase reduce profit expectations further. The upswing will lose momentum; in the second half of the year, capacity utilization will not increase by much. On average, the economy will grow by 2.5 percent in 2003, following 1.2 percent in 2002.

Wage Moderation Policy Not Continued – No Reason to Revise Forecast

The wage agreements in the chemical and the metal sector imply that the wage moderation policy of the previous two years is not continued. The economy wide wage increase will probably be near 3 percent, significantly higher than in 2000

and 2001. On average over this year and the next, however, wages will not increase much faster than forecast at the beginning of the year. Since in addition, the terms of trade will improve more than previously assumed real unit labor costs will increase by as much as expected. Therefore, the wage agreements give no reason for a downward revision of our forecast. Given high excess supply on the German labor market, a lower wage agreement had nonetheless been more appropriate.

Literatur

- Benner, J., K.-J. Gern, C. Kamps, A. Kuhn, B. Sander und J. Scheide (2002). Industrieländer: Aufschwung auf breiter Front. *Die Weltwirtschaft*, in diesem Heft.
- Bundesanstalt für Arbeit (2002). *Presse-Informationen* 43, 7. Juni. Nürnberg.
- (lfd. Jgg.). *Ämtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit*. Nürnberg.
- Deutsche Bundesbank (2002). *Monatsbericht*. März. Frankfurt am Main.
- (lfd. Jgg.). *Monatsberichte*. Frankfurt am Main.
 - (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- EZB (lfd. Jgg.). *Monatsberichte*. Frankfurt am Main.
- FAZ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*) (2001). Neuer Streit um die Euro-Preisumstellung. 24. Oktober: 17.
- Handelsblatt* (2001a). Handel nutzt Euro für Preiserhöhung. 9. Oktober: 34
- (2001b). Euro-Umstellung lockt Schwarze Schafe. 30. Oktober: 34.
 - (2001c). Bundesbank beobachtet höhere Preise. 20. November: 36.
 - (2001d). Statistisches Bundesamt sieht Preise weiter steigen. 14. Dezember: 2.
- Lindner, A. (2002). Preisniveaueffekte der Euro-Bargeldeinführung. *Wirtschaft im Wandel* (4): 99-101.
- Statistisches Bundesamt (2002). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen 2001. Hauptbericht*. Stuttgart.
- (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
 - (lfd. Jgg.). *Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 2: Ausländische Bevölkerung*. Stuttgart.
 - (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Stuttgart.
 - (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 3: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Stuttgart.